

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung und allgemeine Untersuchungen	23
§ 1 Einleitung	23
I. Ökonomischer Hintergrund von Umstrukturierungsvorgängen	23
II. Problemstellung und Eingrenzung des Gegenstands der Untersuchung	25
§ 2 Berichtspflichten und das Recht der Aktionäre auf Information	27
I. Berichtspflichten als Teil des Informationsmodells	27
1. Das Informationsmodell und seine Grundannahmen	27
2. Die besonderen Probleme bei gesetzlich vorgeschriebener Informationsbereitstellung	32
3. Relevanz, Geeignetheit und Kosten	34
4. Minderheitenschutz durch Information	36
II. Das Verhältnis der Berichtspflichten zu anderen Instrumenten der Aktionärsinformation	38
1. Das Verhältnis der Berichtspflichten zu Auskunftsrechten	38
2. Das Verhältnis der Berichtspflichten zum Rechnungslegungsrecht	42
3. Das Verhältnis der Berichtspflichten zum Kapitalmarktrecht	44
III. Berichtspflichten als Kompensation der Defizite von Auskunftsrechten	45
1. Tatsächliche Defizite von individuellen Auskunftsrechten	46
2. Rechtliche Defizite, insbesondere vor dem Hintergrund einer erwünschten Einschränkung der Auskunftsrechte	48
Teil 2: Formelle und inhaltliche Anforderungen an Strukturberichte	50
§ 3 Allgemeines	50
I. Schuldner der Berichtspflicht	50

II. Inhaltliche Grenzen der Berichtspflicht	52
1. Grenze der Berichtspflicht durch Vertretbarkeit/ Zumutbarkeit	52
2. Obergrenze der Ausführungen des Berichts	53
§ 4 Berichtspflichten bei Strukturmaßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz	55
I. Überblick	55
II. Der Verschmelzungsbericht nach § 8 UmwG	57
1. Gefahren für die (Minderheits-)Aktionäre bei einer Verschmelzung	57
2. Zweck des Verschmelzungsberichts	58
3. Möglichkeit der Vertretung	61
4. Formelle Anforderungen	62
a) Form des Berichts	62
(1) Anwendung des § 126 BGB	62
(2) Unterzeichnung durch alle Vorstandsmitglieder	64
b) Art und Weise der Unterrichtung	68
c) Anzahl der Berichte	69
5. Entbehrlichkeit des Berichts	71
a) Vereinbarkeit mit der Verschmelzungsrichtlinie	71
b) Voraussetzungen eines wirksamen Verzichts	74
c) Andere Möglichkeiten eines Verzichts	75
6. Verpflichtender Inhalt des Berichts	76
a) Allgemeines	77
(1) Methodischer Ansatz zur Bestimmung des Inhalts	77
(2) Zur Klärung des Merkmals der Ausführlichkeit	78
(3) Rückschlüsse aus der Notwendigkeit einer Verschmelzungsprüfung	80
b) Darstellung der beteiligten Rechtsträger	84
c) Angaben zu verbundenen Unternehmen (§ 8 Abs. 1 S. 3 UmwG)	87
(1) Verschmelzende Gesellschaft als herrschendes Unternehmen	87
(2) Verschmelzende Gesellschaft als abhängiges Unternehmen	89

d) Erläuterung des Verschmelzungsvertrags	90
e) Darstellung einer sachlichen Rechtfertigung der Verschmelzung	92
(1) Erfordernis der Rechtfertigung	93
(i) Stand der Diskussion	94
(ii) Kritische Würdigung	96
(2) Nichtverletzung der Treuepflicht als zu begründender Umstand	99
f) Die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer Verschmelzung	101
(1) Allgemeines	101
(2) Notwendigkeit konkreter Angaben; Darstellung von Unsicherheiten und Risiken	103
(3) Darstellung von Alternativen	105
(4) Darstellung der wirtschaftlichen Nachteile	107
(5) Darstellung anderer Gründe für die Verschmelzung	108
g) Folgen der Verschmelzung für die Gesellschaften	109
(1) Darstellung der steuerlichen Folgen	109
(2) Darstellung gesellschaftsrechtlicher Folgen	110
(3) Darstellung sonstiger Folgen	112
h) Folgen der Verschmelzung für die Anteilsinhaber	113
(1) Umfasster Personenkreis	114
(2) Folgen für die Beteiligungsquote	116
(3) Weitere Angaben	117
(4) Steuerrechtliche Folgen für die Anteilseigner	118
i) Folgen der Verschmelzung für Gläubiger und Arbeitnehmer	119
(1) Herrschende Ansicht	120
(2) Kritische Würdigung	121
j) Erläuterung und Begründung von Umtauschverhältnis (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 UmwG) und Barabfindungsangebot (§ 29 UmwG)	124
(1) Erläuterung von Umtauschverhältnis oder Mitgliedschaft	124
(2) Allgemeines zur Art und Weise der Erläuterung	125
(3) Die Unternehmensbewertungen als Grundlage des Umtauschverhältnisses	128

(4) Darstellung der tatsächlichen Bewertungsgrundlagen	133
(i) Notwendigkeit der Darstellung	133
(ii) Konkreter Inhalt der Darstellung	138
(iii) Sonderproblem: Erforderliche Darstellung der Bewertungsgrundlagen bei Unternehmensgruppen	145
(5) Angaben zur Barabfindung (§ 29 UmwG)	147
k) Besondere Schwierigkeiten bei der Bewertung der Rechtsträger	148
l) Grenzen der Berichtspflicht	150
7. Verpflichtung zur Aktualisierung	151
8. Heilung von Mängeln des Berichts	152
a) Unstrittiges	152
b) Korrektur durch mündliche Ergänzung bzw. Verbesserung in der Hauptversammlung	153
(1) Diskussionsstand	153
(2) Kritische Würdigung	155
c) Korrektur durch andere Unterlagen	157
III. Besonderheiten beim Spaltungsbericht gem. § 127 UmwG	158
IV. Besonderheiten beim Umwandlungsbericht gem. § 192 UmwG	160
1. Darstellung des formwechselnden Rechtsträgers	160
2. Wirtschaftliche und rechtliche Erläuterung des Formwechsels	161
a) Wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Formwechsels	161
b) Wirtschaftliche und rechtliche Folgen des Formwechsels	162
3. Rechtliche und wirtschaftliche Erläuterung der künftigen Beteiligung der Anteilsinhaber	163
4. Erläuterung der Barabfindung	164
5. Nichtvorliegen eines Rechtsmissbrauchs; Entwurf des Umwandlungsbeschlusses	166
V. Zwischenergebnisse	167

§ 5 Die Berichtspflicht bei Ausschluss des Bezugsrechts gemäß	
§ 186 Abs. 2 S. 4 AktG	168
I. Allgemeines	168
II. Zur materiellen Rechtfertigung des Bezugsrechtsausschlusses	169
1. Grundlagen	171
2. Inhalt	173
a) Im Gesellschaftsinteresse liegender Zweck	174
b) Erforderlichkeit des Bezugsrechtsausschlusses	175
c) Abwägung mit den Interessen der Aktionäre	176
III. Zweck des Berichts	177
IV. Inhalt des Berichts	180
1. Zweck des Bezugsrechtsausschlusses und Erforderlichkeit	181
2. Angemessenheit des Bezugsrechtsausschlusses	185
3. Begründungserfordernisse bei teilweisem Bezugsrechtsausschluss	189
4. Rechtfertigung der Kapitalerhöhung	191
5. Begründung des Ausgabebetrags	193
6. Nennung der durch den Bezugsrechtsausschluss begünstigten Personen	196
V. Grenzen der Berichtspflicht	197
VI. Zeitpunkt und Verfahren der Vorlage des schriftlichen Berichts; formelle Anforderungen	199
VII. Entbehrlichkeit des Berichts	201
VIII. Berichtspflicht bei Ausschluss des Bezugsrechts nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	202
1. Notwendigkeit des Berichts	204
2. Verpflichtender Inhalt des Berichts	205
a) Allgemeines zur Reduktion der Anforderungen	205
b) Konkrete Bestimmung der Erleichterungen	207
(1) Vorliegen der Voraussetzungen des vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses	207
(2) Darstellung des mit dem Bezugsrechtsausschlusses verfolgten Ziels	209
(3) Darlegung, inwiefern der Bezugsrechtsausschluss dem Interesse der Gesellschaft an optimalen Erlösen dient	211

(4) Begründung der Anwendung des § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	212
(5) Begründung der Zukaufsmöglichkeit für Altaktionäre	213
(6) Darstellung der Berechnungsgrundlage für Börsenpreis und Ausgabebetrag	214
(7) Begründung des Nichtvorliegens eines Missbrauchs	216
(8) Besonderheiten bei teilweisem Bezugsrechtsausschluss	218
IX. Berichtspflicht bei faktischem Bezugsrechtsausschluss	219
X. Bezugsrecht und Begründung des Ausschlusses bei Sachkapitalerhöhungen	221
XI. Ausschluss des Bezugsrechts und genehmigtes Kapital (§§ 202 ff. AktG)	224
1. Bestehen einer Berichtspflicht	226
a) Mangelnde Verweisung des § 203 Abs. 2 S. 2 AktG auf § 186 Abs. 4 S. 2 AktG	227
b) Flexibilität der Verwaltung vs. Aktionärsschutz	229
2. Berichtspflicht bei der Satzungsänderung	231
a) Diskussionsstand nach BGHZ 83, 319 – „Holzmann“	231
b) Diskussionsstand nach Siemens/Nold	232
c) Kritische Würdigung	235
(1) Grundsätzliche Zustimmung zur eingeschränkten Berichtspflicht	235
(2) Konkretisierung der Anforderungen an den eingeschränkten Bericht	236
3. Berichtspflicht bei Durchführung	245
a) Die Commerzbank-Entscheidung des BGH	245
b) Für eine Berichtspflicht bei Durchführung der Kapitalerhöhung sprechende Aspekte	246
c) Gegen eine Berichtspflicht bei Durchführung der Kapitalerhöhung sprechende Aspekte	248
(1) Wortlaut und mutmaßlicher Wille des Gesetzgebers	248
(2) Die gesetzliche Systematik	250
(3) Berücksichtigung des Telos	251
(4) Sonstige Argumente	253

d) Eigene Ansicht	254
(1) Flexibilität des Vorstands	254
(2) Effektivität des Aktionärsschutzes	258
e) Notwendiger Inhalt des Berichts	261
f) Verfahrensfragen	265
4. Sonderfall: Eingeschränkte Berichtspflicht bei Ausübung des genehmigten Kapitals unter Anwendung der Regeln über den erleichterten Bezugsrechtsausschluss (§ 186 Abs. 3 S. 4 AktG)	266
XII. Ausschluss des Bezugsrechts und bedingte Kapitalerhöhung	268
1. Bezugsrechte für Mitarbeiter (stock options)	268
a) Grundlegendes	268
b) Problemstellung	270
c) Notwendigkeit der sachlichen Rechtfertigung und Folgerungen hieraus	271
d) Informationsbedürfnis der Aktionäre und Folgerungen hieraus	273
2. Bedingte Kapitalerhöhungen zu anderen Zwecken	276
XIII. Ausschluss des Bezugsrechts bei Veräußerung eigener Aktien außerhalb der Börse	277
1. Insbesondere: Rückkauf eigener Aktien zur Unterlegung von Aktienoptionsplänen an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung	279
2. Insbesondere: Rückkauf eigener Aktien zur Unterlegung von Aktienoptionsplänen für Aufsichtsratsmitglieder	281
XIV. Berichtspflicht bei der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und Genussrechten	284
1. Regelungsgegenstand und Schutzzweck des § 221 AktG	284
2. Ausgangspunkt: Erfordernis eines Hauptversammlungsbeschlusses, Bezugsrecht der Aktionäre und Möglichkeit des Ausschlusses desselben	285
3. Anwendung des § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	288
a) Strenge Ansicht	289
b) Ansicht der Rechtsprechung	290

c) Kritische Würdigung	291
4. Notwendiger Inhalt des Berichts bei Wandelschuldverschreibungen	296
a) Erläuterung des Zwecks der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen	296
b) Angabe der Erwägungen des Vorstands	299
c) Erläuterung der Konditionen der Ausgabe	300
d) Sonderfälle	302
(1) Berichtsinhalt bei Ermächtigung des Vorstands zum Bezugsrechtsausschluss	302
(2) Berichtsinhalt bei Ausschluss des Bezugsrechts nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	304
(3) Berichtsinhalt bei Ausgabe der Anleihen durch Tochtergesellschaften	305
5. Reduzierte Berichtspflicht bei Genussrechten und Gewinnschuldverschreibungen	306
a) Die herrschende Ansicht	308
b) Genussrechte als Teilgewinnabführungsverträge im Sinne des § 292 Abs. 1 Nr. 2 AktG	309
c) Kritische Würdigung	310
(1) Eigenkapitalähnliche Genussrechte	311
(2) Genussrechte mit vorrangiger Befriedigung im Liquidationsfall	313
(3) Genussrechte mit gewinnabhängiger Verzinsung	314
XV. Berichtserfordernis bei mittelbarem Bezugsrecht	316
1. Fiktion des Nichtvorliegens eines Bezugsrechtsausschlusses	316
2. Notwendigkeit eines verkürzten Berichts	317
XVI. Heilung eines Mangels	318
XVII. Zwischenergebnisse	320
§ 6 Die Berichtspflicht bei Abschluss von Unternehmensverträgen gemäß § 293a AktG	322
I. Hintergrund und Zweck der Vorschrift	322
1. Sachgerechte Wahrnehmung der Hauptversammlungskompetenz	322
2. Weitere Funktionen	323

II. Voraussetzungen für das Bestehen einer Berichtspflicht	324
1. Art des Unternehmensvertrags	324
2. Weitere Voraussetzungen	327
III. Formelle Anforderungen	328
1. Form und Anzahl der Berichte	328
2. Art und Weise der Unterrichtung; Aktualität	330
IV. Grundlage für die Regelung des § 293a AktG/ Rückgriff auf Ergebnisse zu § 8 UmwG	331
V. Inhalt des Berichts	332
1. Allgemeines	333
a) Ausführlichkeit	334
(1) Generelle Deutung	334
(2) Insbesondere: Rückschlüsse aus der Revisibilität des Abschlusses eines Unternehmensvertrags	334
(3) Insbesondere: Grenzen der Ausführlichkeit	336
b) Anforderungen an die im Bericht verwandte Sprache	336
2. Im Einzelnen	337
a) Der Vertragsschluss	338
(1) Die wirtschaftliche Ausgangslage der Unternehmen	338
(i) Hinreichende Identifizierung des anderen Vertragsteils; Offenlegung des Gesellschafterbestands	339
(ii) Darstellung der Finanz- und Ertragslage	340
(iii) Beteiligungen an anderen Gesellschaften	341
(2) Die Beeinflussung der wirtschaftlichen Lage durch den Abschluss des Vertrags	342
(3) Abwägung der Vor- und Nachteile und Vergleich mit alternativen Maßnahmen	344
b) Erläuterung des Vertrags	346
c) Erläuterung von Ausgleich und Abfindung	348
(1) Art des Ausgleichs und der Abfindung	348
(2) Höhe des Ausgleichs und der Abfindung	349
(3) Entsprechende Erläuterungen bei Unternehmensverträgen nach § 292 AktG	354
d) Hinweis auf besondere Bewertungsschwierigkeiten	356

Inhaltsverzeichnis

e) Folgen für die Beteiligungen	358
f) Folgen für die Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit	359
3. Darstellung der sachlichen Rechtfertigung	360
4. Inhaltliche Einschränkungen gemäß § 293a Abs. 2 AktG	362
a) Materielle Voraussetzungen für eine Einschränkung	363
b) Formelle Voraussetzungen für eine Einschränkung	365
c) Entsprechende Geltung des § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 2-6 AktG	366
5. Inhaltliche Anforderungen bei Änderung des Unternehmensvertrags	367
6. Reduzierte Berichtspflicht bei Aufhebung/ Kündigung und Neuabschluss (Änderungskündigung)	371
VI. Möglichkeit des Verzichts	372
VII. Weitere Entbehrlichkeitsgründe	374
1. Entbehrlichkeit bei 100%-Töchtern	374
2. Entbehrlichkeit des Berichts bei Bagatellfällen	376
VIII. Zwischenergebnisse	377
§ 7 Die Berichtspflicht beim Ausschluss von Minderheitsaktionären („squeeze-out“) gemäß § 327c Abs. 2 S. 1 AktG	378
I. Hintergrund	378
II. Die besondere verfassungsrechtliche Relevanz des Übertragungsberichts	380
III. Schuldner der Berichtspflicht	381
1. Der Bericht nach § 327c Abs. 2 S. 1 AktG	381
2. Ungeschriebenes Erfordernis einer schriftlichen Stellungnahme durch den Vorstand	383
IV. Formelle Anforderungen	384
1. Schriftform	384
2. Sonstige Anforderungen	385
V. Inhalt des Berichts	386
1. Zur Frage der Ausführlichkeit	386

2. Die Darlegung der Übertragungsvoraussetzungen	387
a) Vorliegen des Schwellenwerts	387
(1) Erläuterung der Berechnung	387
(2) Anforderungen an die Erläuterung bei Konzernsachverhalten	388
(3) Nichtvorliegen eines missbräuchlichen Mehrheitserwerbs	390
b) Darstellung einer sachlichen Rechtfertigung	391
c) Nichtvorliegen eines Rechtsmissbrauchs bzw. einer Verletzung der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht	393
3. Erläuterung und Begründung der Angemessenheit der Barabfindung	395
a) Erläuterung der Angemessenheit der Barabfindung	395
b) Begründung der Angemessenheit der Barabfindung	399
(1) Begründung der Wahl der Bewertungsgrundsätze	399
(2) Sonstige Begründungserfordernisse	402
c) Verweis auf nähere Erläuterung in der Hauptversammlung; Aufdeckung einer Parallelprüfung	404
4. Erläuterung der wirtschaftlichen Hintergründe des geplanten Ausschlusses	406
5. Weitere Berichtsteile	406
VI. Grenzen der Berichtspflicht und Verzichtsmöglichkeit	408
VII. Zwischenergebnisse	408
§ 8 Ungeschriebene Berichtspflichten	410
I. Berichtspflicht bei Vermögensausgliederungen durch Einzelrechtsübertragung („Holzmüller“)	410
1. Untersuchungsgegenstand	410
2. Notwendigkeit eines Berichts	412
a) Fragestellung	412
b) Meinungsstand	414
c) Schlüsse aus den dogmatischen Vorgaben	417
(1) Vertretene Ansichten	418

(2) Folgerungen aus den unterschiedlichen Ansichten	420
(3) Kritische Würdigung	421
d) Erst-recht Schluss aus § 179a AktG	425
(1) Berichtspflicht im Rahmen des § 179a AktG	426
(2) Sonderfall: Übertragende Auflösung	429
(3) Zulässigkeit des Erst-Recht-Schlusses	434
(i) Geltungsbereich des § 179a AktG	434
(ii) Abschließender Charakter des § 179a AktG	435
e) Vergleichbare Schutzwürdigkeit der Aktionäre	437
(1) Vergleichbarkeit in Bezug auf die Lage bei Umstrukturierungen nach dem UmwG	438
(i) Notwendigkeit der Unterstützung bei der Urteilsbildung	438
(ii) Berücksichtigung des § 1 Abs. 2 UmwG	440
(2) Vergleichbarkeit in Bezug auf die Lage bei Ausschluss des Bezugsrechts	443
f) Sinn und Zweck des ungeschriebenen Zustimmungserfordernisses	444
3. Anforderungen an den Bericht	449
a) Inhaltliche Anforderungen	449
b) Berücksichtigung von Geheimhaltungsinteressen und weitere Einschränkungen	451
c) Formelle Anforderungen	453
II. Berichtspflicht beim Börsenrückzug („Delisting“)	454
1. Begriff des Delisting bzw. Going Private	454
2. Notwendigkeit eines Berichts	455
a) Problemstellung	455
b) Grundvoraussetzung für eine Berichtspflicht: Entscheidungsbefugnis der Hauptversammlung	456
c) Vertretene Ansichten	459
d) Kritische Würdigung	462
(1) Delisting und Veränderung der Gesellschaftsstruktur	462
(2) Notwendigkeit einer sachlichen Rechtfertigung	463
(3) Notwendigkeit eines Pflichtangebots	467

(4) Evidenz der Vor- und Nachteile, Informationsbedürfnis der Aktionäre	470
(5) Kohärenz mit anderen Formen des going private	472
e) Ergebnis	473
3. Notwendiger Inhalt des Berichts	473
III. Zwischenergebnisse	474
Teil 3: Rechtsschutzmöglichkeiten bei fehlerhafter oder unterbliebener Berichterstattung	477
§ 9 Handelsregisterrechtliche Folgen und Rechtsschutzmöglichkeiten („Registersperren“)	477
I. Wirksamwerden von Strukturänderungen	477
II. Rechtsgrundlagen der Registersperre	477
III. Möglichkeit der Überwindung der Registersperre	479
1. Bei Strukturmaßnahmen nach dem UmwG	480
a) Unzulässigkeit bzw. offensichtliche Unbegründetheit	481
(1) Unzulässigkeit der Klage	481
(2) Offensichtliche Unbegründetheit	482
(i) Im Regelfall	482
(ii) Spezialfall: Offensichtliche Unbegründetheit wegen Rechtsmissbrauchs	485
b) Vorrang des Vollzugsinteresses aufgrund Kleinstbeteiligung (§ 16 Abs. 3 S. 3 Nr. 2 UmwG)	486
c) Vorrang des Vollzugsinteresses aufgrund wesentlicher Nachteile (§ 16 Abs. 3 S. 3 Nr. 3 UmwG)	487
(1) Berücksichtigungsfähige wesentliche Nachteile	488
(i) Mögliche Nachteile	488
(ii) Wesentlichkeit	490
(iii) Darlegung konkreter Zahlen	491
(iv) Einschränkung der berücksichtigungsfähigen Nachteile	492

(2) Abwägung mit dem Interesse des Klägers am Aufschub	493
(i) Grundsätzliche Bestimmung des Gewichts	494
(ii) Berücksichtigung der Erfolgsaussichten der Klage	496
(iii) Einfluss sonstiger Umstände auf das Aufschubinteresse	497
2. Beim squeeze-out	499
3. Bei sonstigen Strukturmaßnahmen	501
IV. Weitere registergerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	502
V. Zwischenergebnisse	504
§ 10 Vorgehen gegen den Hauptversammlungsbeschluss	506
I. Punkte, die alle Berichtspflichten betreffen	506
1. Allgemeine Einschränkung des Anfechtungsrechts	506
a) Die Rechtslage vor Inkrafttreten des UMAG	508
(1) Das Erfordernis der potentiellen Kausalität	508
(i) Zu Berichten nach dem UmwG	508
(ii) Zu den sonstigen gesetzlich normierten Strukturberichtspflichten	510
(2) Die Relevanztheorie	512
(3) Zusammenfassung	513
b) Die Rechtslage nach Inkrafttreten des UMAG	514
(1) Voraussetzungen des § 243 Abs. 4 S. 1 AktG	514
(2) Konkrete Anwendung auf Berichtsmängel	515
2. Besondere Einschränkung des Anfechtungsrechts bei bewertungsbezogenen Berichtsmängeln	517
a) Die Auslegung des § 210 UmwG durch die Gerichte	517
b) Übertragbarkeit auf den Verschmelzungsbericht	519
(1) Berücksichtigung des § 14 Abs. 2 UmwG	520
(2) Ausschluss der Anfechtung jedenfalls bei Angemessenheit des Umtauschverhältnisses	524
c) Übertragbarkeit auf den Unternehmensvertragsbericht	525
d) Übertragbarkeit auf den squeeze-out Bericht	527
e) Übertragbarkeit auf die übertragende Auflösung	531
f) Berücksichtigung des § 243 Abs. 4 S. 2 AktG	532

3. Anfechtung wegen formeller Berichtsmängel; Rügeobliegenheit der Kläger	534
II. Besonderheiten bei dem Bericht nach § 186 Abs. 4 S. 2 AktG	536
1. Verhältnis der Anfechtung wegen mangelhaft begründeten Ausgabebetrags zur Anfechtung nach § 255 Abs. 2 AktG	536
2. Rechtsschutz bei der Ausübung von genehmigtem Kapital	537
III. Weitere Punkte, die bei Anfechtung aller Strukturmaßnahmen zu beachten sind	539
1. Individueller Rechtsmissbrauch	539
a) Schwellenwert für Klagen	542
b) Absichten des Klägers	543
2. Anfechtung wegen fehlerhafter nicht notwendiger Angaben	546
3. Anfechtung wegen Berichtsmängel bei nicht nachprüfbaren Wertungen des Vorstands	547
4. Bestätigung nach § 244 AktG	549
IV. Zwischenergebnisse	551
§ 11 Klage auf Unterlassen der Maßnahme ohne Bericht	553
I. Problemstellung	553
II. Generelle Zulässigkeit von Klagen gegen rechtswidriges Verwaltungshandeln	555
III. Bestehen eines materiell-rechtlichen Unterlassungsanspruchs	557
1. Meinungsstand	557
2. Kernaspekte des Problems	558
a) Beachtung des Minderheitenschutzes	558
b) Umgehung des gesetzlichen Kompetenzgefüges	560
c) Berücksichtigung des § 118 AktG	562
IV. Sonderfall: Vorgehen gegen rechtswidrige Ausübung von genehmigtem Kapital	563
V. Kritische Würdigung	567
1. Bestehen eines Unterlassungsanspruchs	567
2. Rechtsschutzbedürfnis für eine Klage	569
VI. Passivlegitimation und Gestaltungswirkung	570
VII. Möglichkeiten des einstweiligen Rechtsschutzes	572

VIII. Zwischenergebnisse	575
§ 12 Schadensersatzansprüche	576
I. Vorüberlegung: Möglicher Schaden aufgrund fehlerhafter Berichterstattung	577
II. Mögliche Schadensersatzansprüche des Aktionärs	579
1. Ansprüche gegen die Gesellschaft	579
2. Ansprüche gegen den Vorstand	581
III. Die mangelhafte Berichterstattung als lediglich mittelbarer Anknüpfungspunkt für die Haftung	584
1. Schadensersatz bei nicht rechtmäßiger Ausübung der Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss	584
a) Grundsatz	584
b) Schaden und Kausalität	585
(1) Vermögensverwässerung	585
(2) Verwässerung der Mitgliedschaftsrechte	587
c) Dogmatische Fundierung	589
d) Übertragbarkeit auf mangelhafte Berichterstattung	592
2. Schadensersatz nach Freigabeverfahren	593
IV. Die mangelhafte Berichterstattung als unmittelbarer Anknüpfungspunkt für die Haftung	594
1. Haftung der Gesellschaft	594
2. Haftung des Vorstands	595
a) Verletzung des allgemeinen Mitgliedschaftsrechts	595
b) Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	598
c) Kontrollüberlegung: Ausdrückliche Haftung des Vorstands für mangelhafte Umwandlungsberichte	600
(1) Grundlagen	600
(2) Der Tatbestand und die Rechtsfolgen im Einzelnen	602
V. Zwischenergebnisse	604
Teil 4: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	606
Rechtsprechungsübersicht	610
Literaturverzeichnis	625